

DER HECKBRIEF

Mittwoch, 23. Dezember 2015

STEFAN.HECK@BUNDESTAG.DE

Ausgabe 04/2015

Liebe Freunde,

kurz vor Jahresende möchte ich mich noch einmal mit einer Ausgabe des HECKBRIEFS bei Ihnen melden. Hinter uns liegen bewegte Wochen: Mit den Anschlägen von Paris hat der schreckliche Terror des sog. „Islamischen Staates“ auch unser Nachbarland Frankreich erreicht. Die französische Regierung hat daraufhin ihren Kampf gegen die Stellungen des IS in Syrien weiter intensiviert und auch die Bundesrepublik Deutschland um Unterstützung gebeten. Der Deutsche Bundestag hatte in der vorletzten Sitzungswoche zu entscheiden, ob wir unseren französischen Partnern in dieser schwierigen Situation zur Seite stehen. Diese Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Wir Abgeordneten tun gut daran, an den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten in Krisengebieten strenge Prüfungsmaßstäbe anzulegen. Nach gründlicher Abwägung aller Argumente habe ich dem Einsatz zugestimmt. Entscheidend waren dabei für mich vor allem zwei Punkte: Erstens liegt dem Einsatz die Anfrage um Unterstützung unseres engsten europäischen Partners Frankreich zu Grunde. Sich dieser Bitte zu entziehen, hätte unabsehbare Folgen für die jahrzehntelange Freundschaft unserer beiden Völker gehabt – und dies in einer Situation, in der auch Deutschland die Solidarität unserer europäischen Nachbarn und Partner berechtigterweise einfordert und erwarten darf. Zweitens wird sich die Bundeswehr ausschließlich in den

Bereichen Luftbetankung, militärische Aufklärung und seegehender Schutz engagieren – deutsche Bodentruppen werden nicht eingesetzt. Dieses Einsatzportfolio halte ich für verantwortbar. Und trotzdem war es mir wichtig, in der Debatte über den Einsatz darauf hinzuweisen, dass ein militärisches Vorgehen niemals einziges Mittel sein darf. Leider haben wir in Syrien derzeit keine einflussreichen natürlichen Partner oder Verbündete. Umso dringender brauchen wir eine langfristige politische Perspektive für dieses Land – dabei müssen die großen Mächte, insbesondere die USA und Russland, endlich am gleichen Strang ziehen!

FLÜCHTLINGSKRISE

Weiterhin beschäftigt uns intensiv die Flüchtlingskrise. Aus vielen Gesprächen, Telefonaten und E-Mails mit zahlreichen Personen aus dem Empfängerkreis des HECKBRIEFS weiß ich, wie sehr auch Sie dieses Thema umtreibt. Es war wichtig, dass sich die Union in langen und zähen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner im Bereich des Asylrechts durchsetzen konnte. Abschiebungen werden dadurch deutlich erleichtert und Geldleistungen weitgehend eingeschränkt. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass der Flüchtlingsstrom aus den Balkanstaaten erheblich zurückgegangen ist. Dies wird aber nicht ausreichen: Wir brauchen noch weiterge-



Während der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick.

hende Maßnahmen, um den Zustrom aus den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ebenso wirksam zu begrenzen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen und die Sicherung der Außengrenzen sind einzelne Bausteine hierfür. Ich setze mich dafür ein, dass wir uns verstärkt auch um nationale Maßnahmen der Grenzsicherung bemühen. Auf unserem CDU-Bundesparteitag haben wir vier Stunden lang eingehend und kontrovers über dieses Thema diskutiert. Dies zeigt: Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Ich freue mich sehr, dass es meinen Kollegen von der Jungen Union und mir gemeinsam mit der Mittelstandsvereinigung gelungen ist, in den Leitantrag einen Passus aufzunehmen, der die beschränkte Aufnahmekapazität unseres Landes deutlich formuliert. Damit machen wir deutlich, dass ein einfaches „Weiter so“ auch ein starkes Land wie Deutschland auf Dauer überfordert. Ich werde

im Bundestag engagiert dafür werben, dass sich dies auch in unseren politischen Entscheidungen noch deutlicher widerspiegelt.

EHRENBÜRGERSCHAFT

Zum Abschluss: In meiner Funktion als Amöneburger Stadtverordnetenvorsteher durfte ich vergangene Woche gemeinsam mit unserem Bürgermeister dem Bamberger Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatstadt aushändigen. Eine schöne und bewegende Feierstunde – einige Bilder von der Oberhessischen Presse dazu finden Sie hier: [LINK](#)

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihr
Stefan Heck
Stefan Heck

IMPRESSUM

Dr. Stefan Heck MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 22 77 38 99

Fax: 0 30 / 22 77 68 97

Email: stefan.heck@bundestag.de

Homepage: www.stefan-heck.net

[www.fb.com/Dr.Stefan.Heck](https://www.facebook.com/Dr.Stefan.Heck)

CDU

Bildnachweis: sxc.hu

„Datensicherheit und -verschlüsselung als Chance“

Prof. Dr. Patrick Sensburg MdB spricht über die Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses



Prof. Dr. Sensburg MdB sprach im TTZ Marburg unter anderem das Thema NSA an.

Marburg – Als vor über zwei Jahren der sogenannte ‚Whistleblower‘ Edward Snowden mit internen Dokumenten des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes National Security Agency (NSA) an die Öffentlichkeit trat, löste er damit die NSA-Affäre aus. Diese Enthüllung von geheimdienstlichen Überwachungsprojekten führte im März 2014 zur Einsetzung des NSA-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag. Dessen Vorsitzender, Prof. Dr. Patrick Sensburg, berichtete nun auf meine Einladung hin über die Arbeit des Ausschusses. Ich freue mich sehr darüber, dass mein Sauerländer Kollege uns einen Einblick in das wichtige Aufgabenfeld des Ausschusses gab.

Prof. Sensburg stellte zunächst die drei Hauptaufgaben vor, mit denen der Untersuchungsausschuss vom Parlament beauftragt wurde und machte dabei auch direkt klar, dass diese Untersuchung öffentlich vonstattegehe – ein Novum in der Parlaments-Geschichte, wenn man die Sensibilität der Daten bedenke, über die

man spreche und berichte. Er lud die Anwesenden daher ein, bei einem Berlinbesuch dem Ausschuss als Besucher beizuwohnen. Man tage seit eineinhalb Jahren jeden Donnerstag von 9 Uhr bis 24 Uhr.

DREI AUFGABEN

Die erste Aufgabe des Ausschusses bestehe darin, zu klären, in welcher Weise und in welchem Umfang durch Nachrichtendienste der Staaten der sogenannten „Five Eyes“ (der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands) eine Erfassung von Daten in Deutschland vorgenommen wurde und wird. Inklusiv der Frage, welche Kenntnisse die Bundesregierung, die Nachrichtendienste oder das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik davon jeweils hatten.

Die zweite sei, zu klären, inwieweit Daten über Kommunikationsvorgänge von Mitgliedern der Bundesregierung, Angestellte des Bundes sowie Mitgliedern des Deutschen Bundestages oder anderer Verfassungsorgane der

Bundesrepublik Deutschland von oben genannten ausländischen Geheimdiensten erfasst wurden und werden.

Schließlich müsse man anhand des dritten Auftrages klären, ob man im Abschlussbericht, der für das Jahr 2017 geplant ist, Empfehlungen zur Wahrung des verfassungsrechtlich gewährleisteten Schutzes der informationellen Selbstbestimmung, der Privatsphäre, des Fernmeldegeheimnisses und der Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme sowie der sicheren und vertraulichen Kommunikation in der staatlichen Sphäre geben könne.

SELEKTORENLISTE

Nach momentanem Stand könne man zusammenfassend sagen, dass sich der Bundesnachrichtendienst (BND) ein Stück weit zu sehr von seinen amerikanischen Kollegen habe mitreißen lassen, um dadurch eigene Defizite in der technischen und elektronischen Aufklärung zu kompensieren und aufzuholen. Bei der Untersuchung seien Versäumnisse aufge-

deckt worden, die momentan auch in der Presse nachzulesen seien – Stichwort: Selektorenliste. Über solche Listen sei es den Amerikanern durchaus möglich gewesen, deutsche Firmen, Institutionen und Bürger auszuspionieren. Bei besserer Kontrolle der NSA durch den BND, sei dies zu verhindern gewesen. Sensburg betonte aber auch, dass andere Staaten, die nicht zu den „Five Eyes“ gehören, wie zum Beispiel China und Rußland, ebenso in Deutschland tätig sind. Er bemängelte daher die, seiner Meinung nach, eher einseitige Sichtweise der deutschen Öffentlichkeit.

Nach dem Vortrag von Sensburg bestand für die Zuhörer noch die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Neben Fragen zu verfassungsrechtlichen Bedenken bei der Spionage im In- und Ausland sowie den Folgen von Industrie- und Wirtschaftsspionage, kam auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Vorgehens der Hacker-Gruppe ‚Anonymous‘ auf, die im Zuge der Anschläge von Paris Unterstützung im Kampf gegen den IS zugesagt hatte. Herr Prof. Sensburg sieht bei einer anarchistisch geführten Gruppe immer die Gefahr, dass eine Selbstkontrolle und eine Kontrolle durch außenstehende Gremien fehlen.

„Wir müssen in unserer parlamentarischen Demokratie immer dafür sorgen, dass wir unsere Geheimdienste und deren Vorgehensweisen durch das Parlament überprüfen können, ohne dabei die nötigen geheimen Maßnahmen der Dienste offen-

zulegen. Die Befugnisse und Eingriffsmöglichkeiten der Dienste müssen sich mit der Kontrolle dieser Befugnisse die Waage halten. Gleichzeitig muss es uns gelingen, unsere Firmen, Institutionen und Bürger dahingehend zu sensibilisieren, ihre Daten zu verschlüsseln und zu verbergen. Nur durch solche Verschlüsselungen kann man die Dienste im In- und Ausland wieder dazu bringen, das momentan auf Quantität

ausgelegte allgemeine Datensammeln einzuschränken und sich wieder auf gezielte Informationsbeschaffung zu konzentrieren. In der Errichtung solcher sicheren digitalen Infrastrukturen liegt auch die Chance für unser innovatives Land, um sich von anderen Staaten in Sachen Datensicherheit abzuheben und Vorreiter zu werden“, so Sensburg abschließend. Dieser Meinung kann ich mich nur anschließen. ■



Mit einem Buchgeschenk bedankte ich mich bei Herrn Professor Sensburg.

Informationsfahrt ins politische Berlin

Ehrenamtliche und Gewerkschafter informieren sich über die politischen Abläufe

Berlin – Auf meine Einladung hin haben sich Anfang Dezember wieder 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis auf dem Weg gemacht, um das politische Berlin bei einer dreitägigen Informationsfahrt zu erkunden. Gemeinsam mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hatten wir auch dieses Mal ein umfangreiches und informatives Programm zusammengestellt.



Die Besuchergruppe nach einem spannenden Vortrag vor dem Plenarsaal im Reichstagsgebäude.

Direkt nach der Ankunft am Sonntagmittag führte der erste Programmpunkt die Gruppe zum Aasis-Panorama „Die Mauer“. Ein faszinierender 360 °-Rundgang zeigte der Besuchergruppe eindrucksvoll, wie die Alltagswirklichkeit des geteilten Berlins am früheren Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ in der Friedrichstraße ausgesehen hat.

IM PARLAMENT

Am Morgen des nächsten Tages besichtigte die Gruppe den Deutschen Bundestag und bekam während eines Vortrages einen Einblick in

die Aufgaben und Arbeit des Parlaments. Bei dem anschließenden Besuch der gläsernen Reichstagskuppel lag es nahe, das im Aasis-Panorama gezeigte geteilte Berlin mit der wiedervereinten und modernen Bundeshauptstadt zu vergleichen. Nach einem kurzen Spaziergang durch das Regierungsviertel ging es direkt weiter zu einer interessanten zweistündigen Führung durch das Bundeskanzleramt. Der zweite Tag endete dann schließlich nach einer politischen Stadtrundfahrt durch Berlin bei einem gemeinsamen Abendessen am Potsdamer Platz.

Der Dienstagmorgen begann mit einer Führung durch das Stasi-Museum Berlin. Auf dem ehemaligen Gelände der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wurden die Auswirkungen der Zentrale auf die Bevölkerung der DDR sehr anschaulich dargestellt. Anschließend besuchte die Gruppe das größte jüdische Museum Europas. Das Jüdische Museum in Berlin beeindruckte nicht nur mit seiner detaillierten Ausstellung zu Tief- und Höhepunkten deutsch-jüdischer Geschichte – das ungewöhnliche Museumsgebäude gehört zudem zu

den architektonischen Highlights Berlins.

IM MINISTERIUM

Bevor am letzten Tag die Heimreise angetreten wurde, informierten sich die Fahrtteilnehmer noch bei einem Vortrag über die Arbeit des Bundesministeriums der Gesundheit. Gegen Mittag kehrte schließlich auch die dritte Besuchergruppe in diesem Jahr mit vielen neuen Eindrücken und interessanten Begegnungen zurück in die Heimat. ■

Internationale Krisen

Dr. Franz Josef Jung MdB sprach über die deutsche Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik



Herr Dr. Franz Josef Jung MdB zusammen mit mir auf der Bühne im TTZ Marburg vor rund 80 Zuhörern.

Marburg – Dr. Franz Josef Jung hatte ich aufgrund seiner aktuellen Funktion als Experte in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und aufgrund seiner vergangenen Funktion als Verteidigungsminister zu einem Vortrag mit dem Thema ‚Internationale Krisen‘ nach Marburg eingeladen. Nicht zuletzt durch den erst kürzlich im Deutschen Bundestag gefassten Beschluß, die Bundeswehr an Einsätzen in Syrien zu beteiligen, erlangte der lange geplante Vortrag eine noch größere Aktualität. Die Entscheidung über den Einsatz von deutschen Soldaten in Syrien fiel mir persönlich übrigens nicht leicht, aber ich halte ihn letztlich für richtig und wichtig. Meinen Standpunkt hierzu sah ich dann auch an diesem Abend durch den Vortrag von Herrn Dr. Jung nochmals gestärkt.

SYRIEN-EINSATZ

So sprach Jung diesen Fakt der Tornado-Einsätze über Syrien auch zu Beginn seiner Ausführungen direkt an. Die Luftwaffe leiste ausschließlich Aufklärungsarbeit für verbündete Nationen – vornehmlich für Frankreich und Großbritannien. Deutschland sei mit seiner Bildtechnologie, die zur Aufklä-

rung feindlicher Kräfte diene, Vorreiter in der Welt. Mit Deutschlands Hilfe wird somit sichergestellt, dass bei Luftangriffen die Truppen des Islamischen Staates (IS) getroffen werden und zivile Einrichtungen verschont bleiben. Jung betonte dabei, dass dieser Einsatz nicht mehr oder minder gefährlich sei, als andere Einsätze, die von der Bundeswehr in den letzten Jahrzehnten unternommen wurden und heute noch werden. Schon in den 90er Jahren im Kosovo seien solche Aufklärungs-Tornados eingesetzt worden.

Auch Deutschland müsse durch einen solchen Einsatz in Syrien seinen Beitrag leisten, „um den Terrorismus zurückzudrängen“, so Jung. Und weiter: „Wir müssen auch Bodentruppen zu Ausbildungszwecken entsenden und weiter aufstocken, um dadurch zu helfen, die Bürgerkriege zu beenden.“ Er spannte damit den Bogen zur Flüchtlingsproblematik, die unmittelbar mit der schlechten Sicherheitslage im Nahen Osten, aber auch in Afrika zusammenhängt.

FLUCHT UND MIGRATION

Nur durch gemeinsame Anstrengungen der europäischen Partner, zusammen mit

Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika könne es gelingen, die Sicherheitslage in den Griff zu bekommen und Stabilsierung in der verschiedenen Krisenregionen der Welt zu bringen. Denn nur dort, wo Perspektiven herrschten, würden die Menschen auch bleiben und sich nicht mehr auf den Weg nach Europa – und somit nach Deutschland – machen. Jung begrüße daher den auf dem CDU-Parteitag gestellten Antrag, die Flüchtlingszahlen spürbar zu verringern, da Deutschland auf Dauer niemals eine so große Zahl an Flüchtlingen, wie im Jahr 2015 geschehen, aufnehmen könne. Auch ich habe mich auf dem Parteitag klar für wirksame Maßnahmen ausgesprochen, um den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu begrenzen.

FRAGERUNDE

Sehr dankbar zeigte sich Jung für die zahlreichen Fragen, die nach seinem Vortrag aus dem Publikum gestellt wurden. Auszugsweise möchte ich hier die Frage nach dem Familiennachzug aufgreifen. Wir sind uns in der CDU/CSU Fraktion im Bundestag sehr einig darüber, dass der Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz (keine Zuerkennung des Flüchtlingsstatus und keine Anerkennung auf Asyl) ausgesetzt wird. Niemand kann bestreiten, dass unser Staat bei einem etwaigen Familiennachzug der rund 1.000.000 Flüchtlingen, die alleine im Jahr 2015 zu uns kamen, überlastet wäre.

Des Weiteren wurde die Finanzierung des IS angesprochen und wie diese zu unterbinden sei. Der IS finanziert sich vornehmlich durch den Verkauf von Rohöl und erwirtschaftet laut Jung allein dadurch rund 70 Millionen Euro pro Monat. Auch hierbei muss es uns als großes Bündnis gelingen, den Geldhahn zielgerichtet abzdrehen. Eine gegenseitige Schuldzuweisung, wie unlängst in mehreren Fällen zwischen der Türkei und Russland geschehen, hilft in der Sache nicht weiter. Nur gemeinsam kann der Kampf gegen den IS und andere Schurken gewonnen werden. ■